



POSITIONSPAPIER

der Bundesvereinigung der Kanzlerinnen und Kanzler der Universitäten Deutschlands

FINANZIERUNG DER UNIVERSITÄTEN DEUTSCHLANDS

in Ergänzung zur Positionierung der

**Mitgliedergruppe der Universitäten der HRK:
DIE ZUKUNFTSRENDITE DER UNIVERSITÄTEN.**

Die Herausforderungen, mit denen sich die Universitäten v. a. in den Bereichen Bau, Digitalisierung sowie Forschung und Lehre konfrontiert sehen, sind nur in Kooperation zwischen Bund und Ländern zu lösen. **Die Zwänge des Föderalismus dürfen dabei nicht zu Lasten der Universitäten ausgetragen werden.** Ziel müssen Kooperationen sein, mit Vereinbarungen, die in gegenseitiger Verantwortung vertrauensvoll auf beiden Seiten umgesetzt werden. Die Zusammenarbeit von Bund und Ländern darf sich nicht durch Abgrenzung auszeichnen, sondern muss gemeinsam im Interesse der Universitäten gestaltet werden. Gemeinsamer Anstrengungen von Bund und Ländern bedarf es in folgenden Bereichen:

- **Hochschulinfrastruktur**
- **nachhaltige Gestaltung des Zukunftsvertrags Studium und Lehre**
- **bedarfsorientierte Forschungsprojektpauschalen**

Bedeutung der Universitäten für die Demokratie

Universitäten sind Orte freier Wissenschaft, freier Forschung und freier Lehre und dies wird durch die freiheitlich-demokratische Verfassung der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet und geschützt. **Die Geschichte hat uns gelehrt, dass es ohne freie und unabhängige Universitäten keine Demokratie und ohne Demokratie keine freien und unabhängigen Universitäten geben kann.** Als autonomer Raum der freien Wissenschaft und des freien Denkens ist die Universität in ihren unabhängigen, offenen und kontroversen Diskursen gelebte Demokratie. Die Diskurse sind wissenschaftsgeleitet, faktenbasiert und frei. Die Universitäten sind unabhängige Instanzen des Wissens. **In dieser Unabhängigkeit sind die Universitäten demokratisch und vermitteln demokratische Werte.**

In den letzten Jahren ist ein zunehmender Vertrauensverlust in die Demokratie, in staatliche Institutionen und eine Skepsis gegenüber der Wissenschaft festzustellen. Die Universitäten müssen und können hier ihren

Beitrag leisten, um das Vertrauen in die Wissenschaft und den Wert von Erkenntnis und Faktizität zu stärken.

Wir wirken so demokratiestärkend und systemstabilisierend und sind essentiell bei der Gestaltung von Transformationsprozessen und der Resilienz in Zeiten der Multikrisen.

Universitäten und Wissenschaft als Basis der Wettbewerbsfähigkeit und des Wohlstands

Universitäten sind der Ort, an dem Wissensgenerierung und Innovation mit der Ausbildung zukünftiger Führungs- und Fachkräfte zusammenkommen. Deutschland verliert bereits Jahr für Jahr im internationalen Wettbewerb an Stärke¹ und muss dieser Entwicklung entschlossen entgegentreten. **Es bedarf einer aufgaben- und bedarfsbezogenen, auskömmlichen Finanzierung der Universitäten als zentralem Baustein des deutschen Wissenschaftsstandorts, um Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand zu erhalten.** Wir gewährleisten die Grundlage für eine erfolgreiche und zukunftsfähige Wissenschaft und Wirtschaft. Wir sind damit ein entscheidender Faktor des nachhaltigen Wohlstands in Zeiten der Transformation.

Um diese Aufgaben wahrnehmen zu können, bedarf es einer qualitativ und quantitativ aufgabenangemessenen Finanzierung der Wissenschaftsbereiche. **Hier ist die Diskrepanz zwischen den Finanzierungsgrundlagen der außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Universitäten, die sich seit Jahrzehnten zu Lasten der Universitäten verschiebt, aufzuheben.** Schon 2012 hat der Wissenschaftsrat die Paradoxie der Föderalismusreform herausgearbeitet² und diese hat sich seitdem weiter verschärft. Wenn Deutschland seinen jahrhundertealten Vorsprung wissenschaftlicher Innovation und gesellschaftlicher Mitgestaltung in der Welt und sein weltweit geschätztes Modell der humboldtischen Universität nicht nachhaltig

verlieren will, darf der Föderalismus nicht als Zankapfel erhalten. **Es müssen kluge und verfassungskonforme Ansätze entwickelt bzw. weiterverfolgt werden, die die Universitäten auf eine finanzielle Basis stellen, die es ihnen ermöglicht, ihre wichtigste Aufgabe zu erfüllen: Die Ausbildung von Menschen in der frühen Karrierephase im Sinne freier Wissenschaft im Umfeld demokratischer Grundprinzipien.**

Finanzierung der Universitäten

Es bedarf einer gemeinsamen Anstrengung von Bund und Ländern, um die Herausforderungen der Finanzierung der Universitäten nachhaltig zu lösen.

Die Länder tragen im Föderalismus unbestritten die Verantwortung für die Finanzierung der Universitäten. Die Herausforderungen, mit denen sich die Universitäten v. a. in den Bereichen Bau, Digitalisierung sowie Forschung und Lehre konfrontiert sehen, sind jedoch nur in Kooperation zwischen Bund und Ländern zu lösen. Die Zwänge des Föderalismus dürfen dabei nicht zu Lasten der Universitäten ausgetragen werden. **Ziel müssen Kooperationen sein mit Vereinbarungen, die in gegenseitiger Verantwortung vertrauensvoll auf beiden Seiten umgesetzt werden.** Die Zusammenarbeit von Bund und Ländern darf sich nicht durch Abgrenzung auszeichnen, sondern muss gemeinsam im Interesse der Universitäten gestaltet werden.

Wir fordern gemeinsame Anstrengungen von Bund und Ländern in folgenden zentralen Bereichen:

¹ Siehe den DFG-Förderatlas 2024: <https://foerderatlas.dfg.de/>.

² Siehe https://webarchiv.bundestag.de/archive/2012/1220/bundestag/ausschusse17/a18/anhoeerungen/Zusammenarbeit_Bund_und_L_nder/ADrs_17-265_b.pdf

Infrastrukturinvestitionsprogramm

Wir schlagen ein gemeinsames Investitionsprogramm für Infrastruktur vor:³ Der Sanierungsstau der Universitäten sowie die notwendige zukunftssichere bauliche Entwicklung der Campus kann nur gemeinsam von Bund und Ländern gelöst werden. **Es bedarf mindestens 60 Milliarden Euro, um dem Investitionsstau zu begegnen.⁴ Im Rahmen kameraler Planungssystematik wird der Abbau des Investitionsstaus nicht nachhaltig zu erreichen sein, so dass alternative Strukturen und Konzepte zu durchdenken sind.** Die Kofinanzierung des Bundes im Rahmen von Forschungsbauten muss um eine solche zur energetischen Sanierung der Hochschulgebäude erweitert werden. **Der Hochschulbau macht in den Ländern einen Anteil von mehr als 50 % der öffentlichen Liegenschaften aus und ist daher wesentlicher Implikator dafür, ob es der Bundesrepublik gelingt, ihre selbst gesetzten Klimaziele und CO₂-Neutralität zum Schutz der nachfolgenden Generationen zu erreichen.**

Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken (ZSL)

Der ZSL muss erhalten bleiben: Der ZSL ist eine unverzichtbare Säule der Hochschulfinanzierung geworden und darf keinen Sparzwängen zum Opfern fallen. **Vorübergehend sinkende Studierendenzahlen dürfen keinen Anlass für Kürzungsansätze geben.** Qualitäts- und Betreuungsrelationsverbesserungen bieten in Ansehung wachsender Heterogenität und Diversität der Studierendenschaft eine große Chance, im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe zu

³ Siehe zur Analyse der Herausforderungen im Bereich Bau und Instandhaltung von Hochschulen v. a.: Wissenschaftsrat, Probleme und Perspektiven des Hochschulbaus. Positionspapier (2022), <https://www.wissenschaftsrat.de/download/2022/9470-22>.

⁴ Siehe das Positionspapier des Wissenschaftsrats, Probleme und Perspektiven des Hochschulbaus 2030 (2022): https://www.wissenschaftsrat.de/download/2022/9470-22.pdf?__blob=publicationFile&v=12.

reüssieren und dem Führungs- sowie Fachkräftemangel in Deutschland entgegenzuwirken. **Aufgrund der Besoldungs- und Tarifsteigerungen sowie der allgemeinen Teuerungsrate fordern wir eine verlässliche und nachhaltige Dynamisierung in Höhe von jährlich 5 %.** Bund und Länder sind dabei aufgefordert, über eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der strukturellen Wirksamkeit des ZSL als wichtigem Baustein der Hochschulfinanzierung Nachdruck zu verleihen.

Forschungsprojektpauschalen

Die Projekt- und Programmpauschalen müssen nachhaltig gesichert und auf mindestens 40 % angehoben sowie auf alle Bundesförderprogramme ausgeweitet werden:⁵ Die Universitäten bedürfen einer im Ansatz auskömmlichen Finanzierung im Bereich Forschung.⁶ **Die Quersubventionierung der Projektförderung durch die Grundhaushalte gefährdet die Universitäten und damit die freie Forschung in ihrem existentiellen Kern.** Eine an den Vollkosten orientierte Projektförderung ist der einzige Weg zu einer bedarfsgerechten Forschungsfiananzierung. Es bedarf der Gewährleistung ausreichender Forschungsmittel und Forschungsprojektpauschalen, um die globalen Herausforderungen und Transformationsprozesse seitens der Universitäten, v. a. über die universitäre Grundlagenforschung sowie die Förderung von Wissenschaftler*innen in der frühen Karrierephase, adressieren zu können.

⁵ Siehe Gutachten: Untersuchung zur empirischen Fundierung der Höhe der DFG-Programmpauschale (09.09.2024), https://www.bmbf.de/bmbf/de/forschung/das-wissenschaftssystem/dfg-programmpauschale/dfg-programmpauschale_node.html.

⁶ Siehe Positionspapier des Wissenschaftsrats zu den Strukturen der Forschungsfinanzierung an deutschen Hochschulen (2023): <https://www.wissenschaftsrat.de/download/2023/1012-23>.

Epilog

Die deutschen Universitäten und ihre Mitglieder sind leistungsstark, zukunftsorientiert und demokratiestärkend. Dies schließt die Studierenden und ihren Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung der Demokratie mit ein. Die Studierenden sind als größte Mitgliedergruppe der Universitäten in den letzten Jahren im Hinblick auf das soziale Leben auf den Campus kaum direkt unterstützt worden. Hier besteht erheblicher Nachholbedarf. **Über ein Programm zur Stärkung des sozialen Lebens** der Studierenden müssen die Studierendenwerke in die Lage versetzt werden, nachhaltig

- eine höhere Anzahl an bezahlbaren Studierendenwohnheimplätzen,
- bezahlbares und gesundes Angebot im Bereich Campusgastronomie und
- ausreichende psychologische und soziale Beratungsangebote

gewährleisten zu können.⁷

Bezahlbares Wohnen und bezahlbares Essen sind die Grundlagen für Universitäten, die allen sozialen Gruppen offenstehen. Ein Studium, das sich alle leisten können, ist ein demokratiestärkendes Element des deutschen Bildungssystems.

Die Zukunftsfähigkeit und die Leistungsorientierung der Universitäten und ihr Beitrag zur Demokratiestärkung hängen zudem von einem nachhaltigen Prozess der Entbürokratisierung ab. **Überbordende, intransparente Bürokratisierung führt zum Verlust des Vertrauens in den Staat und zu Demokratieverdruss. Wir müssen gemeinsam an der Entbürokratisierung des universitären Systems arbeiten.** Im Mittelpunkt muss eine Ent-Kameralisierung stehen, um das Berichtswesen deutlich zu verschlanken und die Universitäten entsprechend der ihr zukommenden Verantwortung flexibler und agiler arbeiten zu lassen.

Es besteht im Hinblick auf die Herausforderungen im Bereich der Finanzierung von Universitäten kein Erkenntnisproblem. Es besteht ein Umsetzungsproblem und dringender Handlungsbedarf. Wir fordern daher die Schaffung adäquater aufgaben- und bedarfsbezogener finanzieller Rahmenbedingungen für die Universitäten, sodass wir unseren nachhaltigen, innovativen und zukunftssichernden Gesellschaftsbeitrag leisten können.

⁷ Siehe auch Forderungen des Deutschen Studierendenwerks im Vorfeld der Bundestagswahl: <https://www.studierendenwerke.de/beitrag/das-soziale-fundament-des-hochschulsystems-staerken-eckpunkte-des-deutschen-studierendenwerks-zur-bundestagswahl->

[2025?wt_zmc=nl.int.zonau-dev.112331552451_482625880117.nl_ref](https://www.studierendenwerke.de/beitrag/das-soziale-fundament-des-hochschulsystems-staerken-eckpunkte-des-deutschen-studierendenwerks-zur-bundestagswahl-2025?wt_zmc=nl.int.zonau-dev.112331552451_482625880117.nl_ref) und Studierendenwerke im Zahlenspiegel 2023/2024: <https://www.studierendenwerke.de/beitrag/studierendenwerke-und-studentenwerke-im-zahlenspiegel-2023-2024>.